1 P 13614 A



# Gesetz- und Verordnungsblatt

## für das Land Hessen · Teil I


| 1997 | Ausgegeben zu Wiesbaden am 14. Januar 1997 | Nr. 1 |
|---|---|---|



| Tag | Inhalt | Seite |
|---|---|---|
| 23. 12. 96 | Vierte Verordnung zur Änderung der Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder<br>*Ändert GVBl. II 305-23* | 2 |
| 17. 12. 96 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher<br>*Ändert GVBl. II 20-16* | 3 |
| 16. 12. 96 | Verordnung über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit<br>*GVBl. II 24-33* | 4 |
| 23. 12. 96 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Universitäten im Lande Hessen und zur Änderung der Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Fachhochschulen im Lande Hessen<br>*Ändert GVBl. II 70-174, 70-183* | 6 |
| 23. 12. 96 | Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen des Landes Hessen im Sommersemester 1997 (Zulassungszahlenverordnung 1997)<br>*GVBl. II 70-196* | 7 |

# Vierte Verordnung zur Änderung der Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder*)

**Vom 23. Dezember 1996**

Auf Grund des § 22 Abs. 2 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 1995 (GVBl. I S. 2), wird verordnet:

Artikel 1

Anlage

Die Anlage 2 zu § 6 Abs. 12 der Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder vom 7. Januar 1988 (GVBl. I S. 56), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 1991 (GVBl. I S. 313), erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1997 in Kraft.

Wiesbaden, den 23. Dezember 1996

Der Hessische Minister
der Finanzen

Starzacher

*) Ändert GVBl. II 305-23

## Anlage 2 zu § 6 Abs. 12

### Höhe des Kurbeitrages in den Hessischen Staatsbädern

| Art der Kurkarte | Bad Nauheim<br>Bad Wildungen | Bad Schwalbach | Schlangenbad<br>Bad Salzhausen<br>Bad Hersfeld |
|---|---|---|---|
| | DM | DM | DM |
| Tageshauptkarte | 5,60 | 5,20 | 4,80 |
| Beikarte für Angehörige | 3,60 | 3,50 | 3,30 |
| Senioren- und Rentnerkarte | 3,60 | 3,50 | 3,30 |
| Einwohnerjahreskarte | 73,50 | 65,50 | 65,50 |
| Einwohnerjahreskarte für Angehörige | 47,00 | 43,00 | 43,00 |

# Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher*)

**Vom 17. Dezember 1996**

Auf Grund des § 154 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I S. 481) und § 1 Abs. 1 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege vom 17. Oktober 1996 (GVBl. I S. 466) wird verordnet:

Artikel 1

§ 10 der Verordnung über die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher vom 23. Juli 1981 (GVBl. I S. 245) erhält folgende Fassung:

„§ 10

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, ein Dienstkonto einzurichten. Das Dienstkonto kann als Postbankkonto oder als Konto bei einer öffentlichen Sparkasse, bei einem privaten Kreditinstitut, das dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken e. V. angehört, oder bei einer Genossenschaftsbank, die der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes Deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angehört, geführt werden. Das Konto ist mit dem Zusatz „Dienstkonto" zu führen und darf nur für den dienstlichen Zahlungsverkehr des Gerichtsvollziehers benutzt werden."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1997 in Kraft.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1996

Der Hessische Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten

von Plottnitz

*) Ändert GVBl. II 20-16

# Verordnung über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit*)

**Vom 16. Dezember 1996**

Auf Grund des Art. 293 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469; 1975 I S. 1916; 1976 I S. 507), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 1995 (BGBl. I S. 818), in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Regelungen über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit nach Art. 293 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 8. Mai 1981 (GVBl. I S. 148) wird verordnet:

## § 1
## Allgemeines

(1) Die Vollstreckungsbehörde kann einer verurteilten Person auf Antrag gestatten, eine uneinbringliche Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen und hierdurch die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden.

(2) Freie Arbeit im Sinne dieser Verordnung ist gemeinnützige, unentgeltliche Tätigkeit. Geringfügige freiwillige Zuwendungen an die verurteilte Person schließen die Unentgeltlichkeit nicht aus.

## § 2
## Verfahren

(1) Ist eine Geldstrafe uneinbringlich und die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet, so weist vor Beginn der Vollstreckung die Vollstreckungsbehörde die verurteilte Person darauf hin, daß sie einen Antrag nach § 1 Abs. 1 stellen kann, und setzt ihr hierzu eine Frist. Sie gibt zugleich der verurteilten Person Gelegenheit, eine geeignete Beschäftigungsstelle vorzuschlagen.

(2) Die Vollstreckungsbehörde kann der verurteilten Person bei der Vermittlung eines Beschäftigungsverhältnisses behilflich sein.

(3) Sie stimmt mit der Beschäftigungsstelle Inhalt und Umstände der Tätigkeit, die die verurteilte Person leisten soll, ab.

## § 3
## Gestattung

(1) Die Vollstreckungsbehörde gestattet die Tilgung der Geldstrafe durch freie Arbeit, wenn

1. keine Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß die verurteilte Person freie Arbeit nicht leisten will oder dazu in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein wird,
2. eine Beschäftigungsstelle in angemessener Zeit für die verurteilte Person zur Verfügung steht und
3. keine Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß an der von der verurteilten Person vorgeschlagenen Beschäftigungsstelle die allgemeinen Strafzwecke nicht erreicht werden können.

(2) Befindet sich die verurteilte Person in anderer Sache in Strafhaft oder ist in der gleichen Sache neben der Freiheitsstrafe auch eine Geldstrafe zu vollstrecken (§§ 41, 53 Abs. 2 Strafgesetzbuch), so gestattet die Vollstreckungsbehörde unbeschadet der Arbeitspflicht nach § 41 des Strafvollzugsgesetzes die Tilgung der Geldstrafe, wenn sich die verurteilte Person im offenen Vollzug befindet.

(3) Hat die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe bereits begonnen, soll die Gestattung nur dann erteilt werden, wenn die verurteilte Person zuvor von der Möglichkeit der Tilgung der Geldstrafe durch freie Arbeit keine Kenntnis erlangt hat.

(4) Mit der Gestattung teilt die Vollstreckungsbehörde schriftlich der verurteilten Person im Regelfall die Beschäftigungsstelle, die voraussichtliche Arbeitszeit, die Art der Tätigkeit und die Anrechnung auf die Geldstrafe mit und weist sie zugleich auf die Möglichkeit des Widerrufs nach § 6 hin. Die Aufnahme der freien Arbeit kann der verurteilten Person auch schon vor Zugang dieser Mitteilung gestattet werden.

(5) Liegen die Voraussetzungen für eine Gestattung nicht vor, lehnt die Vollstreckungsbehörde den Antrag der verurteilten Person ab.

## § 4
## Weisungen

Die verurteilte Person hat den Weisungen der Vollstreckungsbehörde und den Anordnungen der Beschäftigungsstelle im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses nachzukommen.

## § 5
## Tilgung der Geldstrafe

(1) Zur Tilgung eines Tagessatzes der Geldstrafe sind sechs Stunden freie Arbeit zu leisten. Hat die verurteilte Person die Hälfte der Zahl der Tagessätze unverzüglich und ohne jede Beanstandung durch gemeinnützige Arbeit getilgt, so kann die Vollstreckungsbehörde, insbesondere bei lang andauernden Arbeitsverhältnissen, anordnen, daß bei der zweiten Hälfte die Anzahl der Stunden zur Tilgung eines Tagessatzes der Geldstrafe auf drei Stunden herabgesetzt wird.

(2) In Ausnahmefällen kann die Vollstreckungsbehörde mit Rücksicht auf Art und Umstände der zu leistenden Tätigkeit oder auf besondere persönliche Verhältnisse der verurteilten Person auch von Be-

*) GVBl. II 24-33

ginn an den Anrechnungsmaßstab auf bis zu drei Stunden herabsetzen.

(3) Bleibt die verurteilte Person der Arbeit fern, so wird die versäumte Arbeitszeit auch dann nicht auf die Gesamtarbeitszeit angerechnet, wenn das Fernbleiben entschuldigt ist.

(4) Die verurteilte Person kann jederzeit die noch nicht getilgte Geldstrafe bezahlen.

§ 6

Widerruf, Beendigung

(1) Die Vollstreckungsbehörde kann die Gestattung nach Anhörung der verurteilten Person widerrufen, wenn sie

1. ohne genügende Entschuldigung nicht zur Arbeit erscheint oder die Arbeit abbricht,
2. trotz Abmahnung der Beschäftigungsstelle mit ihrer Arbeitsleistung hinter den Anforderungen zurückbleibt, die billigerweise an sie gestellt werden können,
3. gröblich oder beharrlich gegen ihr erteilte Weisungen oder Anordnungen verstößt oder
4. durch sonstiges schuldhaftes Verhalten ihre Weiterbeschäftigung für die Beschäftigungsstelle unzumutbar macht.

(2) Die Gestattung endet, wenn die verurteilte Person bei der bisherigen Beschäftigungsstelle nicht mehr weiter tätig sein kann und ein neues Beschäftigungsverhältnis in angemessener Zeit nicht zustandegekommen ist.

§ 7

Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe

Die Ersatzfreiheitsstrafe wird nicht vollstreckt, solange

1. die nach § 2 Abs. 1 Satz 1 gesetzte Frist nicht abgelaufen ist,
2. über den Antrag nach § 1 Abs. 1 nicht entschieden ist oder
3. der verurteilten Person die Tilgung der Geldstrafe durch freie Arbeit gestattet ist.

§ 8

Nachweis der Arbeitsleistung

Hat die verurteilte Person die ihr aufgetragene freie Arbeit geleistet, so weist sie dies der Vollstreckungsbehörde nach.

§ 9

Beteiligung der Gerichtshilfe und der Bewährungshilfe

Die Vollstreckungsbehörde soll sich insbesondere bei der Vermittlung und Begleitung eines Beschäftigungsverhältnisses der Unterstützung der Gerichtshilfe bedienen. Steht die verurteilte Person unter Bewährungsaufsicht, so soll sich die Strafvollstreckungsbehörde der Unterstützung der Bewährungshilfe bedienen.

§ 10

Aufhebungsvorschrift

Die Verordnung über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit vom 20. August 1981 (GVBl. I S. 298)[1]) wird aufgehoben.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. Dezember 1996

Der Hessische Minister der
Justiz und für Europaangelegenheiten

von Plottnitz

# Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Universitäten im Lande Hessen und zur Änderung der Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Fachhochschulen im Lande Hessen

**Vom 23. Dezember 1996**

Auf Grund des § 35 Abs. 6 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1995 (GVBl. I S. 558), wird verordnet:

Artikel 1[1])

Die Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Universitäten im Lande Hessen vom 30. Juli 1993 (GVBl. I S. 401), geändert durch Verordnung vom 22. Februar 1996 (GVBl. I S. 84), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Nr. 1 wird gestrichen;

      Die bisherigen Nr. 2 und 3 des Abs. 1 werden Nr. 1 und 2.
   b) In Abs. 4 wird die Angabe „Abs. 1 Nr. 2" durch die Angabe „Abs. 1 Nr. 1" und die Angabe „Abs. 1 Nr. 3" durch die Angabe „Abs. 1 Nr. 2" ersetzt.
2. § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 4 wird gestrichen.
   b) Die bisherigen Nr. 5 und 6 werden Nr. 4 und 5.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „Bewerberinnen und Bewerber, die eine Meisterprüfung nachweisen, können die Hochschulzugangsprüfung in Form eines Eignungsgesprächs ablegen."
   b) In Abs. 2 wird die Zahl „90" durch die Zahl „60" ersetzt.

Artikel 2[2])

Die Verordnung über den Zugang besonders befähigter Berufstätiger zu den Fachhochschulen im Lande Hessen vom 18. Januar 1995 (GVBl. I S. 74) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

      „3. für die Studiengänge Betriebswirtschaft, International Business Administration, Gesetzliche Unfallversicherung sowie für den Internationalen Studiengang Finance and Law die Fachkommission Wirtschaft bei der Fachhochschule Frankfurt am Main."
   b) In Nr. 10 wird das Wort „und" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Pflegewissenschaft" die Worte „und Pflegemanagement (berufsbegleitend)" eingefügt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Nr. 1 wird gestrichen; die bisherigen Nr. 2 und 3 in Abs. 1 werden Nr. 1 und 2. In der neuen Nr. 1 wird das Komma durch das Wort „und" ersetzt.
   b) In Abs. 2 Nr. 5 wird der Punkt durch das Wort „oder" ersetzt und nach Nr. 5 wird folgende Nr. 6 angefügt:

      „6. die erfolgreiche Teilnahme an einem einjährigen, hochschulmäßig ausgerichteten Lehrgang an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main."
   c) In Abs. 4 wird die Angabe „Abs. 1 Nr. 2" durch die Angabe „Abs. 1 Nr. 1" und die Angabe „Abs. 1 Nr. 3" durch die Angabe „Abs. 1 Nr. 2" ersetzt.
3. § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Nr. 3 wird das Wort „Berufsausbildung" durch das Wort „Berufsausübung" ersetzt.
   b) Nr. 4 wird gestrichen.
   c) Die bisherigen Nr. 5 und 6 werden Nr. 4 und 5.
4. § 7 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird das Wort „vierstündigen" gestrichen.
   b) Als Satz 4 wird angefügt:
      „Die schriftliche Arbeit soll mindestens zwei, höchstens vier Stunden dauern."
5. § 8 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
      „Bewerberinnen und Bewerber, die eine Meisterprüfung nachweisen, können die Hochschulzugangsprüfung in Form eines Eignungsgesprächs ablegen."
   b) In Abs. 2 wird die Zahl „90" durch die Zahl „60" ersetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 23. Dezember 1996

Die Hessische Ministerin
für Wissenschaft und Kunst
Dr. Hohmann-Dennhardt

[1]) Ändert GVBl. II 70-174
[2]) Ändert GVBl. II 70-183

# Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen des Landes Hessen im Sommersemester 1997 (Zulassungszahlenverordnung 1997)*)

**Vom 23. Dezember 1996**

Auf Grund des § 6 Abs. 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 18. Mai 1993 (GVBl. I S. 159) wird verordnet:

§ 1

In den nachfolgend aufgeführten Studiengängen werden zur Aufnahme von Studienanfängerinnen und Studienanfängern in das erste Fachsemester sowie zur Aufnahme in höhere Fachsemester an den Hochschulen des Landes Hessen zum Sommersemester 1997 folgende Zulassungszahlen festgesetzt:

## A. Studiengänge mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß), Staatsexamen (ohne Lehrämter) oder künstlerischer Abschlußprüfung

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| **1. Technische Hochschule Darmstadt** | | | | | | | | | | |
| Architektur | 0 | 212 | 0 | 212 | 0 | 212 | 0 | 212 | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | | | |
| Psychologie | 0 | 55 | 0 | 55 | | | | | | |
| Wirtschaftsinformatik | 0 | | | | | | | | | |
| Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Bauingenieurwesen | 0 | 50 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Elektrotechnik | 0 | | | | | | | | | |
| Wirtschaftsingenieurwesen/ Schwerpunkt Maschinenbau | 0 | | | | | | | | | |
| **2. Fachhochschule Darmstadt** | | | | | | | | | | |
| Architektur mit berufspraktischen Semestern | 0 | 103 | 0 | 103 | 0 | 103 | 0 | 103 | | |
| Bauingenieurwesen | 0 | 165 | 0 | 165 | 0 | 165 | 0 | 165 | | |
| Information und Dokumentation | 0 | 55 | 0 | 55 | 0 | 55 | 0 | 55 | | |
| Innenarchitektur mit berufspraktischen Semestern | 0 | 48 | 0 | 48 | 0 | 48 | 0 | 48 | | |
| Sozialpädagogik | 0 | 127 | 0 | 127 | 0 | 127 | 0 | | | |

*) GVBl. II 70-196

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| **3. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main** | | | | | | | | | | |
| Betriebswirtschaftslehre | 350 | 335 | 335 | 335 | 335 | 335 | 335 | 335 | | |
| Biochemie | 0 | 40 | 0 | 30 | 0 | 0 | 0 | 8 | | |
| Biologie | 0 | 160 | | | | | | | | |
| Lebensmittelchemie | 21 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | | |
| Medizin | 181 | 181 | 181 | 181 | 150 | 150 | 150 | 150 | 150 | 150 |
| Medizin (nur vorklinischer Studienabschnitt) | 10 | 8 | 8 | 8 | | | | | | |
| Pharmazie | 80 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | | |
| Psychologie | 45 | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 | | |
| Rechtswissenschaft | 325 | | | | | | | | | |
| Theater-, Film- und Medienwissenschaft | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | | |
| Wirtschaftspädagogik | 25 | 25 | 25 | 25 | | | | | | |
| Zahnmedizin | 50 | 45 | 43 | 43 | 43 | 43 | 43 | 43 | 43 | 43 |
| **4. Fachhochschule Frankfurt am Main** | | | | | | | | | | |
| Architektur | 90 | 90 | 90 | 90 | 90 | 90 | | | | |
| Bauingenieurwesen | 0 | 140 | | | | | | | | |
| Internationaler Studiengang Finance and Law | 0 | 36 | 0 | 36 | 0 | 36 | | | | |
| Pflege | 0 | 60 | 0 | 60 | 0 | 60 | | | | |
| Pflegemanagement (berufsbegleitend) | 30 | 0 | 30 | | | | | | | |
| Sozialarbeit | 90 | 120 | | | | | | | | |
| Sozialpädagogik | 0 | 180 | 0 | 150 | | | | | | |
| Wirtschaft | 75 | 130 | 75 | | | | | | | |
| **5. Fachhochschule Fulda** | | | | | | | | | | |
| Haushalts- und Ernährungswirtschaft | 0 | | | | | | | | | |
| Pflege | 0 | | | | | | | | | |
| Sozialwesen | 0 | | | | | | | | | |
| Wirtschaft mit berufspraktischem Semester | 40 | | | | | | | | | |
| **6. Justus-Liebig-Universität Gießen** | | | | | | | | | | |
| Betriebswirtschaftslehre | 0 | | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | 115 | | | | | | | | |
| Drama, Theater, Medien | 0 | 30 | 0 | 30 | | | | | | |
| Haushalts- und Ernährungswissenschaft | 130 | 130 | 130 | 130 | | | | | | |
| Medizin | 164 | 170 | 170 | 170 | 145 | 135 | 135 | 135 | 135 | 135 |
| Medizin (nur vorklinischer Studienabschnitt) | 0 | 3 | 3 | 3 | | | | | | |
| Ökonomie | 0 | | | | | | | | | |
| Psychologie | 0 | 120 | 0 | 120 | 0 | | | | | |
| Rechtswissenschaft | 150 | | | | | | | | | |
| Tiermedizin | 0 | 210 | 0 | 210 | 0 | 210 | 0 | 210 | 0 | 210 |
| Zahnmedizin | 27 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 |

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| **7. Fachhochschule Gießen-Friedberg** | | | | | | | | | | |
| Bauingenieurwesen | 45 | 80 | 45 | 80 | 45 | 80 | | | | |
| Technisches Gesundheitswesen | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 | 95 | | | | |
| Wirtschaft | 40 | 120 | 40 | 120 | 40 | 120 | | | | |
| **8. Gesamthochschule Kassel** | | | | | | | | | | |
| Architektur | 0 | 110 | 0 | 110 | 0 | 110 | 0 | 110 | | |
| Biologie | 0 | 70 | 0 | 70 | | | | | | |
| Landschaftsplanung | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | | |
| Sozialwesen | 0 | 330 | 0 | 330 | 0 | 330 | 0 | 330 | | |
| Stadtplanung | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | | |
| Wirtschaftswissenschaften | 0 | 330 | 0 | 330 | 0 | 330 | 0 | 330 | | |
| **9. Philipps-Universität Marburg** | | | | | | | | | | |
| Betriebswirtschaftslehre | 132 | | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | | | |
| Humanbiologie | 0 | 38 | 0 | 38 | | | | | | |
| Medizin | 150 | 150 | 150 | 150 | 130 | 130 | 130 | 130 | 130 | 130 |
| Medizin (nur vorklinischer Studienabschnitt) | 13 | 26 | 18 | 18 | | | | | | |
| Pädagogik | 0 | 175 | 0 | 175 | 0 | 175 | 0 | 175 | 0 | 175 |
| Pharmazie | 91 | 83 | 83 | 83 | 83 | 83 | 83 | 83 | | |
| Psychologie | 0 | 103 | 0 | 103 | 0 | 103 | 0 | 103 | | |
| Rechtswissenschaft | 125 | 210 | | | | | | | | |
| Zahnmedizin | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 |
| **10. Fachhochschule Wiesbaden** | | | | | | | | | | |
| Architektur | 40 | 35 | 35 | 35 | 35 | 35 | 35 | 35 | | |
| Bauingenieurwesen | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | | | |
| Innenarchitektur | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | | | | |
| International Business Administration | 50 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | | |
| Kommunikationsdesign | 30 | 32 | 32 | 32 | 32 | 32 | 32 | 32 | | |
| Kommunikationsdesign für Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung nach § 35 Abs. 5 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1995 (GVBl. I S. 558) | 3 | | | | | | | | | |
| Landespflege | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | 40 | 0 | | | |
| Medienwirtschaft | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | | |
| Sozialwesen | 0 | 130 | | | | | | | | |
| Umwelttechnik/Umweltmeßtechnik | 30 | 30 | 30 | 30 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| Wirtschaft | 80 | 80 | 80 | 80 | 80 | 80 | 80 | 80 | | |

**B. Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen**

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| **1. Gesamthochschule Kassel** | | | | | | |
| Deutsch | 0 | | | | | |

**C. Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien**

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| **1. Technische Hochschule Darmstadt** | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | |
| **2. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main** | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | |
| **3. Justus-Liebig-Universität Gießen** | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | |
| **4. Gesamthochschule Kassel** | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | |
| **5. Philipps-Universität Marburg** | | | | | | | | |
| Biologie | 0 | | | | | | | |

**D. Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge**

| Hochschule/Studiengang | Fachsemester | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 |
| **1. Fachhochschule Frankfurt am Main** | | | | |
| Wirtschaftsingenieurwesen | 0 | 35 | | |
| **2. Gesamthochschule Kassel** | | | | |
| Supervision | 0 | | | |

§ 2

(1) In den in § 1 aufgeführten Studiengängen werden Bewerberinnen und Bewerber

1. in das erste Fachsemester nach Maßgabe der Vorschriften der Vergabeverordnung ZVS vom 10. Januar 1994 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. November 1996 (GVBl. I S. 518), oder der Vergabeverordnung Hessen vom 28. Juni 1991 (GVBl. I S. 238), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Juli 1996 (GVBl. I S. 307),
2. in höhere Fachsemester nach Maßgabe der Vorschriften der Vergabeverordnung Hessen

zugelassen und von der Hochschule aufgenommen.

(2) In den Studiengängen, die an den Hochschulen des Landes eingerichtet sind, die jedoch in § 1 nicht aufgeführt sind, bestehen keine Zulassungsbeschränkungen. Studienorganisatorische Maßnahmen, die einen Studienbeginn nur zu einem Wintersemester oder nur zu einem Sommersemester vorsehen, bleiben unberührt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft; sie tritt am 30. September 1997 außer Kraft.

Wiesbaden, den 23. Dezember 1996

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst
Dr. Hohmann-Dennhardt

# Schluß mit dem Suchen!

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich selbst oder bei ihren Mitarbeitern beklagt, daß sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

In den meisten Fällen müssen aber mehrere Ausgaben vom „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I", die oft Jahre vorher veröffentlicht worden sind, zusammengesucht werden, um den vollständigen, gültigen Text nach neuestem Stand zu haben. Das

## Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
## Teil II

**Loseblattsammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts**
in sechs Ordnern mit rund 5 000 Seiten,

herausgegeben vom Hessischen Minister der Justiz,

enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen, und es enthebt somit den Leser der zeitraubenden Suche in den alten Bänden des „Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Hessen, Teil I", das die Basis des vorliegenden großen Werkes ist.

Eine „Gliederung", das „Stichwortregister" sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet", in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr. Mehrmals im Jahr erscheinen Ergänzungslieferungen im Abonnement.

Als letzte liegt die 120. Ergänzungslieferung vor; sie enthält unter anderem:

- Beschluß über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen
- Verordnung über die Hilfsbeamtinnen und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft
- Verordnung über besondere Formen der Teilzeitbeschäftigung und flexibler Arbeitszeit für beamtete Lehrkräfte an öffentlichen Schulen
- Verordnung über die Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen
- Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für Pflegeberufe
- Verordnung zur Verbesserung der Rechtsstellung von Mieterinnen und Mietern bei Begründung von Wohnungseigentum an vermieteten Wohnungen
- Hessisches Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
- Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
- Verordnung über die Fischereiaufsicht
- Neufassung des Hessischen Naturschutzgesetzes

A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1 · 34212 Melsungen
Telefon (0 56 61) 7 31-0 · Telefax (0 56 61) 73 14 00

**Absender: A. Bernecker Verlag GmbH**
**Unter dem Schöneberg 1**
**34212 Melsungen**

**Herausgeber:** Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
**Verlag:** A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
**Druck:** A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

**Vertrieb und Abonnementverwaltung:**
A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 5 31 26, Fax (0 56 61) 5 31 31

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

**Bezugspreis:** Der jährliche Bezugspreis beträgt 91,– DM einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten DM 7,–. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 5,60 DM je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.